

NACHRICHTEN

Burger King verdoppelt Gewinn

MIAMI sda. Die Neuaufstellung macht sich für Burger King bezahlt. Weil die Hamburger-Kette zahlreiche eigene Läden an Franchise-Partner abgegeben hat, sind die Kosten deutlich gesunken und der Gewinn schnellte in die Höhe. Im ersten Quartal verdiente Burger King unterm Strich 35,8 Millionen Dollar und damit mehr als doppelt so viel wie im Vorjahreszeitraum. Der Gewinnsprung sei trotz des herausfordernden wirtschaftlichen Umfelds gelungen, erklärte Firmenchef Bernardo Hees Ende der Woche am Sitz in Miami. Nur dank Neueröffnungen stiegen die Verkäufe noch. Auch der erheblich grössere Rivale McDonald's hatte zuletzt Probleme gehabt, die Kunden in die Restaurants zu locken.

Enorme Kosten für Tschernobyl

UMWELT sda. Um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Katastrophe – möglicherweise ein Verlust in Höhe von 180 Milliarden US-Dollar bis 2015 – zu minimieren, muss ein umfassendes Entwicklungsprogramm für die von der Explosion des Kernkraftwerks 1986 in Tschernobyl betroffenen Regionen aufgestellt werden. Dies erklärte der ukrainische Präsident **Wiktor Janukowitsch** anlässlich eines Besuchs des Kraftwerks in Tschernobyl am 27. Jahrestag der Nuklearkatastrophe.

Moody's und S&P legen Klage bei

NEW YORK sda. Die Rating-agenturen Moody's und Standard & Poor's (S&P) haben Klagen von Investoren mit Vergleichszahlungen beigelegt. Firmensprecher bestätigten am Freitag, dass es Einigungen gegeben habe. Die Kläger hatten Schadenersatzforderungen von mehr als 700 Millionen Dollar erhoben. In dem Streit ging es um Wertpapiere, denen häufig Schuldtitle oder Hypotheken geringerer Qualität zu Grunde lagen. Diese verloren massiv an Wert.

«Amnestie für Steuersünder»

BANKGEHEIMNIS Paolo Bernasconi unterstellt den Initianten der Bankgeheimnis-Initiative, sie wollten Steuersünder schützen. Im Interview schlägt der frühere Tessiner Staatsanwalt eine Steueramnestie vor.

INTERVIEW BALZ BRUPPACHER
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

Paolo Bernasconi, was halten Sie von der Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre», die das Bankgeheimnis in der Verfassung verankern will?

Paolo Bernasconi: Diese Initiative ist völlig überflüssig. Das individuelle Grundrecht zum Schutz der Privatsphäre des Einzelnen ist in Artikel 13 der Bundesverfassung bereits klar verankert. Die Frage lautet deshalb, warum gerade jetzt eine überflüssige Initiative zum Schutz der ausschliesslich in der Schweiz ansässigen Personen lanciert wird.

Ihre Antwort?

Bernasconi: Weil der Bundesrat vor kurzem angekündigt hat, dass dem Schweizer Fiskus endlich griffige Werkzeuge zur Verfügung gestellt werden. Und zwar sollen schwerwiegende Steuerdelikte neu als Verbrechen geahndet und damit zur Geldwäscherei-Vortat werden. Werden solche Delikte zum Nachteil des schweizerischen Fiskus verübt, wird die Durchführung von Bankermittlungen zulässig.

Der Initiant Thomas Matter sagt, es gehe nicht darum, Steuerhinterzieher zu schützen.

Bernasconi: Die geplante Volksinitiative stellt einen Rückschritt gegenüber dem geltenden Recht dar. Dieses befugt die Eidgenössische Steuerverwaltung, Bankermittlungen durchzuführen, wenn es um schwere Steuerwiderhandlungen bei den direkten Steuern geht. Gleiches gilt für Steuerverbrechen bei der Mehrwertsteuer und den Zöllen. Das Ziel der Initiative ist klar: Den Bundesbehörden und den kantonalen Behörden sollen Werkzeuge zur Verfolgung von schweren Steuerdelikten entzogen werden. Dringende Bankermittlungen würden durch ein langwieriges Zulassungsverfahren vor einem Gericht gelähmt. Dies liegt einzig im Interesse von Steuersündern. Statt dem Bankkundengeheimnis würde das Steuer-sündergeheimnis geschützt.



Der Tessiner Experte für Wirtschaftsstrafrecht Paolo Bernasconi hält die Bankgeheimnis-Initiative für überflüssig.

Bild Daniel Winkler

Wie erklären Sie sich, dass zu den Initianten Politiker wie der frühere FDP-Präsident Fulvio Pelli gehören?

Bernasconi: Ein anderer Freisinniger, Christian Wanner, hat in seiner Eigenschaft als Präsident der Finanzdirektorenkonferenz öffentlich erklärt, dass die heutige Unterscheidung von Steuerbetrug und -hinterziehung ungerecht sei. So oder so haben die ehrlichen Schweizer Steuerpflichtigen von den Vorschlägen des Bundesrats nichts zu befürchten. Es sind einzig die Schweizer Steuersünder, die durch den Schutz ihrer Privatsphäre versuchen, ihre Steuersünden weiter zu verstecken.

Heisst das, Sie sind für die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung auch im Inland?

Bernasconi: Prioritär ist meines Erachtens, dass die Steuerbehörden ausgedehnte

Ermittlungsbefugnisse erhalten, um die immer raffinierteren Methoden der schweizerischen Steuersünder wirksam bekämpfen zu können. Die in allen politischen Lagern gewünschte Anpassung und Harmonisierung der Steuersysteme und -mittel der OECD-Staaten muss konsequent umgesetzt werden. Das heisst, dass auch in der Schweiz Bankermittlungen zur Aufdeckung von Geldwäscherei im Falle der Erlöse aus Steuerverbrechen möglich werden müssen.

Die Initiative wurde auch als Anti-Widmer-Schlumpf-Initiative bezeichnet. Schadet die Politik der Finanzministerin und dem Finanzplatz?

Bernasconi: Es ist nicht die Finanzministerin, welche die Weissgeldstrategie und die inländische Umsetzung der neuen OECD-Empfehlungen verabschiedet hat, sondern der gesamte Bundesrat. Es wäre höchste Zeit, dass die Schweizer Steuer-

Ehrendoktor für Bernasconi

ZÜRICH bpp. Die Universität Zürich hat dem Tessiner Juristen und früheren Staatsanwalt Paolo Bernasconi gestern den Ehrendoktor verliehen. Die Auszeichnung erfolgte zwei Tage nach dem 70. Geburtstag des Universitätsprofessors und Anwalts. Gewürdigt wurden seine langjährige Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, insbesondere der Geldwäscherei, und sein Beitrag zur Weiterentwicklung des Schweizer Wirtschaftsstrafrechts. Nach Studien an den Universitäten Bern und Freiburg war Bernasconi von 1969 bis 1985 als Staatsanwalt des Kantons Tessin in Lugano tätig. In seine Amtszeit fielen der Milliardenkandal in der Filiale Chiasso der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) und die Mafia-Geldwaschaffäre Pizza Connection. Der Experte für Wirtschaftsstrafrecht lehrte an den Unis St. Gallen, Zürich und Italien.

behörden Instrumente erhalten, um die Steuerjustiz gegenüber den Schweizer Steuersündern zu konkretisieren.

Wie soll die Schweiz mit den unversuerten Altlasten ihrer eigenen Steuerpflichtigen umgehen?

Bernasconi: Es gibt ausschliesslich eine Lösung: eine allgemeine Steueramnestie. Nicht als Belohnung der Schweizer Steuersünder. Sondern man muss vermeiden, dass zahlreiche Bank- und Versicherungsangestellte, Vermögensverwalter, Treuhänder und andere Finanzintermediäre Gefahr laufen, wegen Geldwäscherei verfolgt zu werden. Hinzu kommt, dass im Falle einer Amnestie die Schweizer Wirtschaft vom Zufluss von bisher unversuerten Milliardenbeträgen profitieren wird, die seit Jahrzehnten auf den Banken ausländischer Steueroasen versteckt sind.

Wie sollte die Schweiz den Forderungen nach Einführung des automatischen Informationsaustauschs begegnen?

Bernasconi: Das Parlament wird sich schliesslich mit den verschiedensten Arten von automatischem Informationsaustausch befassen müssen, je früher, desto besser. So kann die Schweiz ihre Auffassung und Vorschläge präsentieren, statt dem Diktat der OECD folgen zu müssen.

Dem Erfolg wird alles untergeordnet

Die ersten Nachrichten-Häppchen rund um **Uli Hoeness** haben mich wenig überrascht. Das unablässige Streben mancher Menschen, die in und rund um Fussballstadien alles dem Erfolg untergeordnet haben, ist bezeichnend für dieses Geschäft. Wobei Erfolg oberflächlich gemessen wird an irgend-



Maurice Pedergnana.
Bild Christoph Borner

welchen nationalen oder internationalen Titeln. Tiefgründiger betrachtet geht es um die Eitelkeiten der Financiers, der Präsidenten und der Klubmanager: je eher sie sich über dem Mittelmass sehen, desto eher sind sie bereit, dafür Ressourcen einzusetzen. Legale und illegale, legitime und illegitime. Der europäische Spitzenfussball wird bewegt und beherrscht von regionalen Baulöwen, Unternehmensmilliardären, russischen Oligarchen und arabischen Prinzen, die sich Spieler wie Gladiatoren halten.

Der politisch und sportlich bestens vernetzte Uli Hoeness ist die Verkörperung eines zentralen Knotenpunkts im Netzwerk solcher Ressourcen. Sein Klub nähert sich dem Gipfel im europäischen Fussball, der Präsident dem Tiefpunkt.

Vordergründig gab er sich sozial und jovial, manchmal gerecht und nicht selten selbstgerecht. Hinter den Kulissen war er Manager wie andere auch: in seinem Netzwerk mit Insiderwissen handelnd und Milliardäre in die Finanzierung von teuren Transfers involvierend. Jedes Pokerspiel verläuft fairer als ein

Spielertransfer. Zur Finanzierung werden auch Offshore-Konstruktionen bemüht. Und Barzahlungen von Transfers und Vermittlergebühren zwecks Steuerhinterziehung. Die Drogen des Fussballsports lauten nicht EPO, sondern sind Insiderwissen, Geldwäsche, Spielwetten und Trickserien.

AUSSICHTEN

Die Akte Uli Hoeness interessiert die Münchner Staatsanwaltschaft nicht nur wegen dessen persönlichen Steuerbetrugs. 6 Millionen soll er bezahlt haben, als Kaution, auch um die nächsten Spiele des FC Bayern in Freiheit mizuerleben. Das Interesse der Straf-ermittler reicht tiefer. Sie haben jemanden an der Angel, der im ganz grossen Transfergeschäft mitgemischt hat und nun «wirklich alles» offenlegen muss. Weshalb hat ihm im Jahr 2000 der inzwischen verstorbene Adidas-Chef mutmasslich 20 Millionen D-Mark auf dem Konto einer Schweizer Privatbank «zur Verfügung gestellt»? Zu Marktkonditionen oder als Gefälligkeit – wofür? In jener Zeit verhandelte der FC Bayern mit Adidas über einen Sponsorenvertrag, den der Sporthersteller dann auch gewann.

Der Fall Hoeness kann noch eine grössere Dimension als bisher gedacht

annehmen. Weil er eingebettet ist in den deutschen Wahlkampf, in das beispiellose Aufdecken von Offshore-Leaks und in ein überschuldetes Europa, das lieber Steuern eintreibt als Ausgaben kürzt.

In der Neidgesellschaft Deutschland könnte sich daraus die Wende im Kampf um die Regierungsmehrheit entwickeln. Schon die Debatte am Mittwoch im Deutschen Bundestag liess hier in die Tiefen der politischen Argumentation blicken, weil er als inoffizieller CSU-Repräsentant mehr als nur ein erfolgreicher Fussballmanager war. Mit aller Deutlichkeit hat es aber auch die Scheinheiligkeit der jetzigen Regierung unter Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble, aber auch der wendigen CSU-Spitze in Bayern aufgedeckt. Das deutsche Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz ist völlig wirkungslos, ebenso der bisher mehr rhetorisch geführte Kampf gegen Offshore-Plätze. Immer mehr Deutschen dämmert es, dass das Steuerabkommen mit der Schweiz weniger im Interesse der Bundesrepublik als in jenem der Steuerbetrüger gewesen wäre.

Eine ausgabefreudige rot-grüne Regierung in Berlin hätte ab September 2013 auch gravierende Folgen nicht nur für ein noch staatsgläubigeres Deutschland, sondern ebenso für die EU mit all ihren Subventionssümpfen und die Eurozone mit ihren Defizitsündern. Wegen eines Netzwerks von Sündern,

die dem Erfolg alles untergeordnet haben, auch die eigene (Steuer-)Moral und Ethik, könnte die Mehrheit einer Gilde von Protagonisten zufallen, die volkswirtschaftlich noch in viel grösserem Ausmass sündigen würde. Die linken Regierungschefs in Rom und Paris und der verzweifelte in Madrid warten nur auf den Support aus Deutschland, um die strengen wirtschafts- und fiskalpolitischen Sparziele zu lockern und die Geldschleusen zu öffnen. Sie sind fasziniert von der binnenwirtschaftlichen Dynamik, welche von der implisionsartigen Abschwächung des Yen in Japan ausgeht.

In der EU und in der Eurozone wurden schon so viele Vertragsbrüche begangen, dass bereits an viel grössere gedacht wird. Das wäre mit zahlreichen Konsequenzen verbunden, immer auch für die Schweiz, als Insel in Europa mit offenen Grenzen – unabhängig von der Ventilklausel: zunehmende Flucht von Kapital und reichen Menschen in die Schweiz, enormer Aufwertungsdruck auf den Franken und der beschleunigte Niedergang des Werkplatzes.

MAURICE PEDERGNANA

HINWEIS

Maurice Pedergnana (48) ist Professor für Banking & Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ).